

Positionspapier zur aktuellen Strompreisdebatte



Hintergrund & Zusammenfassung

Der gemeinsame Vorschlag zur Dämpfung der Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien in dem Papier „Energiewende sichern - Kosten begrenzen“ des Bundesministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit (BMU) sowie des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), vertreten durch die Minister Peter Altmaier und Philipp Rösler, hat seit der Veröffentlichung am 13. Februar 2013 in der Branche für Irritationen und Verunsicherung gesorgt. Die Vorschläge gehen am notwendigen Reformbedarf des EEG vorbei und stellen keinen konstruktiven Vorschlag für ein zukünftiges Strommarktdesign dar. Die Behauptung, mit den gemachten Vorschlägen den Strompreis senken zu können ist irreführend. Mit dem vorliegenden Positionspapier bezieht Green City Energy zu den Vorschlägen Stellung und stellt klar, weshalb diese weder zielführend noch politisch durchsetzbar sind.

Green City Energy ist nach eingehender Prüfung zu der Überzeugung gelangt, dass die angedachten Maßnahmen stark vom aktuellen Bundestags-Wahlkampf geprägt sind. Die Regierungsparteien zielen darauf ab, sich bei den Wählerinnen und Wählern effektiv als Kämpfer gegen steigende Strompreise zu positionieren. Die kurzfristigen Anpassungen konterkarieren die gesetzlich verankerten Ausbauziele Erneuerbarer Energien und greifen massiv in die bestehende Gesetzgebung ein, sodass einige der Änderungen im Bundesrat zustimmungspflichtig wären. Dazu zählt insbesondere der vorgeschlagene Eingriff in die Vergütung von Bestandsanlagen, der zweifelsohne zu einer Verfassungsklage führen würde. Aufgrund der komfortablen rot-grünen Mehrheitsverhältnisse ist eine Zustimmung des Bundesrates jedoch ausgeschlossen. Mit einer grundlegenden Novellierung ist daher erst in der nächsten Legislaturperiode und damit nicht vor 2014 zu rechnen.

Für das aktuelle Beteiligungsangebot von Green City Energy, den Windpark Bayerischer Odenwald, haben die Vorschläge daher keinen Einfluss, da dieser bereits im Oktober 2013 fertig gestellt wird.

- [Hyperlink zum Vorschlag der Bundeminister Rösler & Altmaier „Energiewende sichern - Kosten begrenzen“](#)
- [Hyperlink zur Position der Grünen Bundestagsfraktion „Grüne Vorschläge zur Entlastung der Stromkunden“](#)
- [Hyperlink zur Haltung der SPD „Altmaiers und Röslers Vorschläge gehen komplett am Thema vorbei“](#)



Richtigstellung zu den angeführten Argumenten

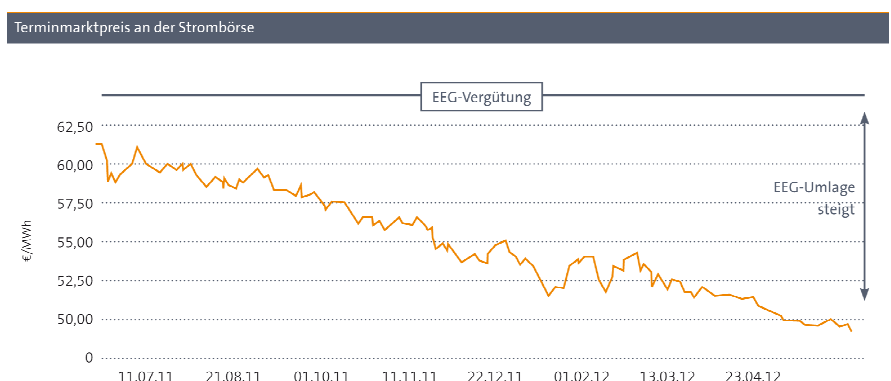
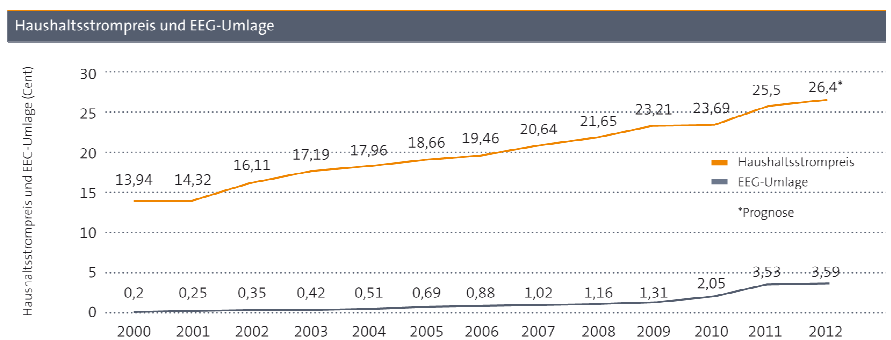
Die Minister haben in ihrem Vorschlag eine Reihe von Maßnahmen zur kurzfristigen Anpassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) genannt, um die Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien zu dämpfen. Dahinter steht die Behauptung, der Ausbau der Erneuerbaren sei für den Anstieg des Strompreises verantwortlich. Die steigende EEG-Umlage wird dabei als Argument benutzt, um den bestehenden Vertrauensschutz und die Investitionssicherheit in Frage zu stellen und die Erneuerbaren Energien als Preistreiber zu diskreditieren.

Fakt ist: Die Differenz zwischen den an der Strombörse für den EE-Strom erzielten Preisen und den EEG-Vergütungen, die sog. Differenzkosten, werden auf die nicht privilegierten Stromverbraucher umgelegt. So ergibt sich die EEG-Umlage, die 2013 5,27 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) verbrauchten Strom beträgt. Die EEG-Umlage setzt sich dabei wie folgt zusammen:

- 44 % der Umlage sind reine Förderkosten, diese sind im letzten Jahr nur um 0,2 ct/kWh gestiegen
- 17 % der Umlage werden durch die Marktprämie, Liquiditätsreserve und nachgeholte Kosten aus 2012 verursacht
- 23 % der Umlage werden durch das Industrieprivileg, also durch die Befreiung energieintensiver Betriebe von der EEG-Umlage verursacht (entspricht einer jährlichen Kostenentlastung von 5,2 Mrd. Euro)
- 16 % der Kosten werden durch den Rückgang des Börsenstrompreises verursacht

Es wird deutlich, dass der Anstieg der EEG-Umlage maßgeblich durch Industrie-Privilegien und einen Berechnungs-Mechanismus verursacht wird, der die Erneuerbaren Energien zum Opfer ihres eigenen Erfolges macht. Schließlich tragen große Ökostrommengen maßgeblich zum gefallenem Börsenstrompreis bei, diese Preissenkung wird von den großen Energieversorgern jedoch nicht an die Endkunden weitergegeben - die im Gegenzug steigende EEG-Umlage jedoch schon (siehe Grafik rechts). Kurzum: Je tiefer der Preis an der Strombörse durch die Erneuerbaren sinkt, desto höher wird die EEG-Umlage!

Quelle Grafiken: www.energiezukunft.eu





Fazit:

Grundsätzlich besteht die Notwendigkeit, das EEG perspektivisch weiterzuentwickeln und zu reformieren. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bremsen vor allem den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit die Energiewende, bewirken aber keine maßgebliche Senkung der Endkundenpreise.

„Fakt ist - das EEG ist und bleibt die effizienteste und kostengünstigste Form, die Energiewende hin zu 100 % Erneuerbaren Energien möglich zu machen. Die Vorschläge der Minister sind verantwortungslos, da große Summen genannt werden ohne schlüssige Berechnungen vorzulegen und auf die positiven Effekte der Energiewende hinzuweisen.“ (Zitat Prof. Dr. Claudia Kemfert)

Öko-Energien werden als Sündenbock deklariert um von eigenen Managementfehlern der Energiewende abzulenken. Das Hauptmotiv scheint zu sein, die Energiewende zu deskreditieren und weiterhin auf fossile Energien zu setzen.

Es besteht ein parteiübergreifender Konsens, die Ausnahmeregelung für energieintensive Betriebe zu begrenzen und zu reduzieren, Eigenproduzenten bzw. Eigenverbraucher an der EEG-Umlage zu beteiligen und die Markt- & Netzintegration von Grünstrom durch Direktvermarktung voranzutreiben. Green City Energy vertritt die Auffassung, dass diese Punkte noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden könnten, alle anderen Maßnahmen sind politisch bis zur Bundestagswahl nicht durchsetzbar.